



## VSEG-Newsletter 9/2014

### Ein guter Tag für den Kanton Solothurn!

**Die Solothurnischen Stimmberechtigten haben sich mit einem klaren Abstimmungsergebnis im Interesse einer zukunftsgerichteten Lösung für das Jahrhundert-Geschäft „Ausfinanzierung PKSO“ ausgesprochen. Mit diesem positiven Entscheid haben aus Sicht des VSEG im eigentlichen Sinne alle betroffenen Partner ein positives Ergebnis erzielen können. Die Solothurnischen Gemeinden natürlich mit der Nichtbeteiligung, der Kanton Solothurn mit dem Wegfall der Geissel „Staatsgarantie“ und das Personal erhalten zum ersten Mal eine ausfinanzierte Pensionskasse.**

#### **Rückschau und Strategie des VSEG**

Der VSEG erlaubt sich hier eine kleine Rückschau und eine Ausschau zum Projekt Solothurnische Pensionskasse. Vor fast eineinhalb Jahren übernahm eine neue Verhandlungsdelegation mit Vertretern der Regierung und des VSEG das sehr komplexe, hoch politische und finanziell weitreichende Jahrhundertgeschäft von den Amtsvorgängern. Zu Beginn der ersten neuen Verhandlungsgesprächen musste festgestellt werden, dass auf dem vorangegangenen Weg sehr viel Geschirr zerschlagen wurde und eine Lösung in weiter Ferne lag. Mit der neugeschaffenen Verhandlungs- und Vertrauensbasis konnte erwirkt werden, dass nicht mehr Positionskämpfe im Vordergrund standen sondern eine zukunftsgerichtete Lösung. Mit den im VSEG erstmalig zum Teil kontrovers diskutierten Lösungsansätzen wurde die Basis für die notwendige politische Diskussion geschaffen. Ebenso konnte erwirkt werden, dass das hoch komplexe Thema „Pensionskasse“ in sämtlichen 109 Gemeinden, im Kantonsparlament und auch bei den Parteien verständlich kommuniziert und somit auch inhaltlich diskutiert werden konnte. Der VSEG hat mit seinem klaren Generalversammlungsentscheid die Haltung der Gemeinden vorgegeben und die Variantenabstimmung ermöglicht. Der Stimmbürger erhielt somit die Möglichkeit, sich für eine der beiden Lösungsvarianten (mit oder ohne Gemeindebeteiligung) auszusprechen.

#### **Angekündigte neue zusätzliche Ablastungen an die Gemeinden**

Der Regierungsrat hat im Zuge der Geschäftsbehandlung immer klar und offen kommuniziert, dass ohne eine Gemeindebeteiligung in Zukunft zusätzliche Ablastungen zu Lasten der Gemeinden erfolgen können. Dies wurde vom VSEG auch so im Rahmen der offenen Diskussionen kommuniziert. Ebenso wurde diese Information bzw. diese regierungsrätliche Haltung auch in der Abstimmungsbotschaft (Gesetzestext §27, V2) des Regierungsrates offen dargelegt. Dem VSEG ist heute bewusst, dass er im Zuge der anstehenden weiteren Reformgeschäfte – vor allem im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen – diesen Punkt nicht unbeachtet lassen darf. Dennoch sei hier erwähnt, dass eine erfolgsversprechende Zusammenarbeit zwischen Regierungsrat und VSEG nicht davon abhängen wird, wer im Rahmen von neuen Aufgabenteilungen mehr profitieren kann, sondern es sollen jeweils Grundlagen geschaffen werden, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden ermöglichen. Nur wenn die beiden staatspolitischen Ebenen Kanton und Gemeinden eine gemeinsame Zukunftsstrategie zur Stärkung der Solothurnischen Gemeinden und des Kantons Solothurn in seiner Gesamtheit verfolgen, werden im Endeffekt beide Parteien profitieren können. Eine ledigliche Kostenverschiebung zwischen den beiden Ebenen kann das

starke Kostenwachstum in einigen Bereichen nicht bremsen. Hier müssen die Problemstellungen an den Wurzeln angepackt werden! Der Regierungsrat weiss heute, dass der VSEG ein verlässlicher und starker Partner ist, welcher lösungsorientiert nach vorne schaut. Der VSEG freut sich auf die anstehenden und herausfordernden Grundsatzdiskussionen im Zuge der weiteren Aufgabenüberprüfungs- und -entflechtungsdiskussionen.

### **Weitere Reformen bei der Pensionskasse notwendig**

Mit dem aktuellen positiven Abstimmungsergebnis kommt der Kanton Solothurn als schweizweit letzter Kanton seinen bundesgesetzlich geforderten Verpflichtungen in Bezug auf die Ausfinanzierungspflichten nach. Mit diesem Entscheid sind jedoch aus Sicht des VSEG noch nicht alle anstehenden Herausforderungen gemeistert. Mit dem Ausfinanzierungsentscheid wurde die Basis dafür geschaffen, dass sich die PKSO nun den zukünftigen finanziellen Herausforderungen stellen kann. Damit diese jedoch auch gemeistert und umgesetzt werden können, benötigt es neben den demographisch gesteuerten auch strukturelle und organisatorische Reformmassnahmen. In diesem Punkt ist der VSEG klar der Meinung, dass die Verwaltungskommission bzw. das zukünftige PK-Führungsgremium neu positioniert werden muss. Die Arbeitgeberseite von sämtlichen Lehrerinnen und Lehrern der Volksschule, welche ca. 1/3 der Gesamtangestellten ausmachen, muss zukünftig adäquat im Entscheidungs- bzw. Führungsgremium der „neuen“ Pensionskasse vertreten sein. Auch hier gilt wie bei der vorewähnten Aufgabenüberprüfungsreform: Wer zahlt befiehlt und trägt dafür auch die Verantwortung!

In diesem Sinne dankt der VSEG dem Regierungsrat, dem Kantonsparlament, den Gemeinden und natürlich den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern für das entgegengebrachte Vertrauen und den zukunftsgerichteten und lösungsorientierten Gesamtentscheid im Bereich der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO).

VSEG  
Verband Solothurner Einwohnergemeinden  
Geschäftsstelle  
Bolacker 9  
Postfach 217  
4564 Obergerlafingen

[newsletter@vseg.ch](mailto:newsletter@vseg.ch)  
<http://www.vseg.ch>

Sollten Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten wollen, dann klicken Sie bitte hier: [Newsletter abbestellen](#)